

Ostdeutschland

Investitionsförderung schafft Jobs

Der Osten Deutschlands ist in den vergangenen Jahren dem Westen ökonomisch wieder ein Stück näher gerückt. Im Jahr 2008 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 69 Prozent des Westniveaus – gegenüber erst 60 Prozent im Jahr 2000. Als Wachstumstreiber erwies sich dabei die Industrie. Ihre Bruttowertschöpfung stieg in Ostdeutschland in den vergangenen acht Jahren real um insgesamt 64 Prozent.

Hierzu hat auch die Regionalpolitik beigetragen. Mit Investitionszuschüssen in Höhe von 35,5 Milliarden Euro wurden seit 1991 in Ostdeutschland Investitionen von insgesamt 173,2 Milliarden Euro angeschoben. Die Wirksamkeit der Maßnahmen belegen auch Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW): Danach stieg von 1996 bis 2006 die Wertschöpfung in der regionalen Industrie je 1 Prozent mehr Investitionsförderung dauerhaft um 0,29 Prozent. Den Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern brachte eine um 1 Prozent erhöhte Fördersumme sogar 0,42 Prozent mehr Wertschöpfung pro Jahr. Und auch in Sachen Jobs waren die Fördermilliarden effektiv. So hat in der Textil- und Bekleidungsindustrie 1 Prozent zusätzliche Förderung die Zahl der Beschäftigten um 0,39 Prozent steigen lassen. Im Bereich Forschung und Entwicklung betrug der Beschäftigungseffekt 0,28 Prozent, in der Autoindustrie 0,16 Prozent und im Maschinenbau 0,14 Prozent.

Klaus-Heiner Röhl, Peggy von Speicher: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – Ist die Investitionsförderung Triebfeder von Industriewachstum und regionaler Entwicklung?, IW-Positionen Nr. 41, Köln 2009, 52 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Dr. Klaus-Heiner Röhl, Telefon: 030 27877-103**

Ostdeutschland

Der Abstand zum Westen schrumpft

Der Osten Deutschlands ist in den vergangenen zehn Jahren dem Westen ökonomisch wieder ein Stück näher gerückt. Im Jahr 2008 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner immerhin 69 Prozent des Westniveaus – im Jahr 2000 waren es erst 60 Prozent. Fortschritte macht auch die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur. Stark von öffentlichen Mitteln gestützte Sektoren wie die Bauwirtschaft und der öffentliche Dienst schrumpfen. Die Industrie baute dagegen ihren Anteil an der gesamten ostdeutschen Bruttowertschöpfung auf nahezu ein Fünftel aus. Dazu hat auch die Investitionsförderung beigetragen.*)

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall blühen die Landschaften in Ostdeutschland zwar nicht überall – doch die Lethargie, die sich noch in den späten neunziger Jahren über die Regionen zwischen Werra und Oder legte, scheint vorbei. So ist seit dem Jahr 2000 die Wirtschaft in Ostdeutschland je Einwohner real doppelt so schnell gewachsen wie im Westen (Grafik Seite 7). Vor allem Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen haben mit einem jährlichen realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf von 2,4 bzw. 2,5 Prozent Tempo gemacht. Mecklenburg-Vorpommern braucht sich ebenfalls nicht zu verstecken. Dort betrug das jährliche Plus immerhin 1,9 Prozent. Dies hat das Land zwischen Müritz und Ostsee nicht zuletzt dem Tourismus zu verdanken.

Als einziges Flächenland fällt Brandenburg bei der Pro-Kopf-Betrachtung ab, was aber mit einem Sondereffekt zusammenhängt. Um Berlin herum wächst die Bevölkerung nach wie vor stark – die höhere Wirtschaftsleistung verteilt sich also anders als im Rest von Neufünf-land nicht auf immer weniger Köpfe.

Wachstumstreiber allerorten ist die Industrie. Sie legte im Osten in den vergangenen acht Jahren real um insgesamt 64 Prozent zu. Dabei konzentrieren

sich einzelne Branchen in bestimmten Regionen. Ein Windenergiecluster z.B. ist in Magdeburg und Rostock zu finden. Die Fahrzeugbauer sind in Zwickau, Leipzig und Eisenach zu Hause (Grafik).

In den südlichen Regionen Ostdeutschlands haben sich zwar bislang

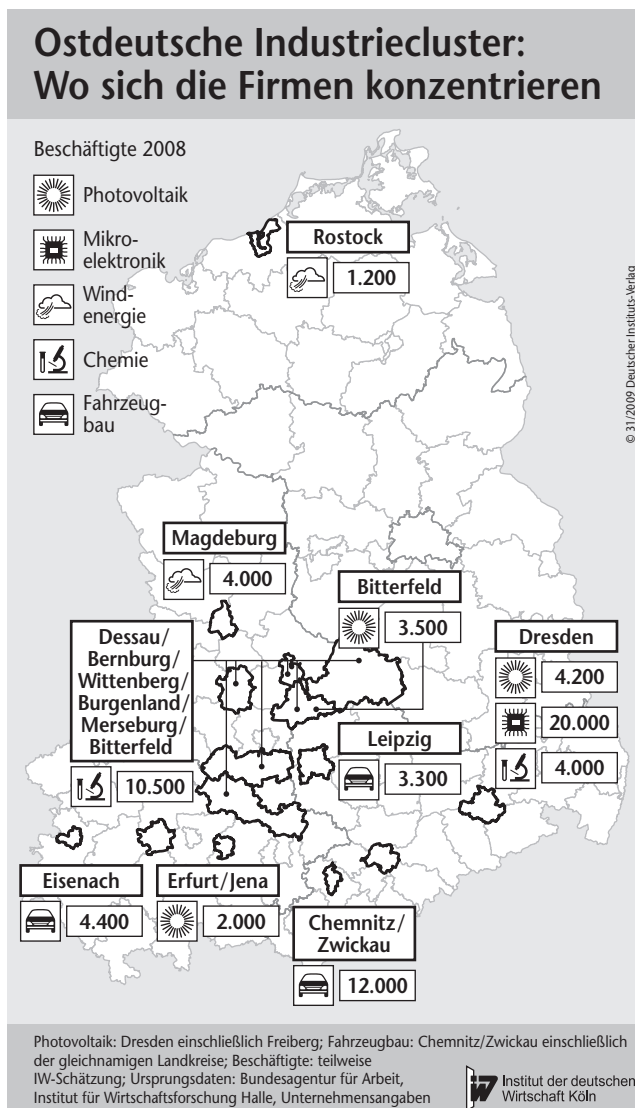
mehr Cluster gebildet als im Norden – dabei handelt es sich vielfach aber um relativ junge Ansiedlungen, die erst mittelfristig ihre volle Schubkraft für die Region entfalten werden. Deshalb haben sich die fünf neuen Flächenländer anders als die alten bisher noch nicht allzu weit auseinanderentwickelt. Die Unterschiede im BIP je Einwohner fallen jedenfalls auch zwei Dekaden nach der Wende recht gering aus:

Das ärmste Ostland, Mecklenburg-Vorpommern, liegt mit 21.425 Euro je Einwohner nur um 5 Prozent hinter dem Spitzenreiter Sachsen, während Schleswig-Holstein als ärmstes Westland 29 Prozent Rückstand zum reichsten, Hessen, verzeichnet.

Unter dem Strich haben daher alle fünf ostdeutschen Flächenstaaten in den vergangenen Jahren zu den Nachbarn im Westen aufgeschlossen – auch wenn das BIP pro Kopf östlich der Linie Lübeck–Hof noch um 10.000 Euro geringer ausfällt als westlich davon.

Dieser Ost-West-Abstand dürfte selbst in der Krise weiter schrumpfen – weil der Westen stärker schwächelt als der Osten. Denn zum einen ist die ostdeutsche Wirtschaft weniger exportorientiert als die westdeutsche. Im Verarbeitenden Gewerbe beträgt der Anteil der Ausfuhren an den Umsätzen zwischen Zingst und Zittau lediglich 32 Prozent, gegenüber 46 Prozent zwischen Flensburg und Füssen. Insofern leiden unter dem Wegbrechen der Auslandsmärkte vor allem die exportstarken Westfirmen.

Zum anderen schränken nach Erhebungen des Instituts für



*) Vgl. Klaus-Heiner Röhl, Peggy von Speicher: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – Ist die Investitionsförderung Triebfeder von Industriebeschäftigung und regionaler Entwicklung?, IW-Positionen Nr. 41, Köln 2009, 52 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Aufbau Ost: Nicht nur Defizite

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2008 in Euro	Reale jahresdurchschnittliche Veränderung des BIP je Einwohner von 2000 bis 2008 in Prozent	Arbeitslosenquote 2008 in Prozent
Berlin	25.521	-0,2	13,9
Sachsen	22.523	2,5	12,8
Sachsen-Anhalt	22.357	2,4	14,0
Thüringen	21.868	2,4	11,3
Brandenburg	21.649	1,3	13,0
Mecklenburg-Vorpommern	21.425	1,9	14,1
Ostdeutschland	22.069	2,2	13,0
Westdeutschland	32.205	1,1	6,4

Westdeutschland, Ostdeutschland: jeweils ohne Berlin
 Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Bundesagentur für Arbeit

© 31/2009 Deutscher Institut-Verlag

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Wirtschaftsforschung Halle die Betriebe zwischen Thüringer Wald und Oderbruch ihre Fertigung derzeit sogar weniger ein als vergleichbare Werke im Westen. Die Unterstellung, bei den Ostfirmen handele es sich um verlängerte Werkbänke der Westkonzerne, die im Krisenfall zuerst geopfert werden, erweist sich damit als grundlos.

Ein anderes gängiges Vorurteil muss im Osten ebenfalls ad acta gelegt werden: Die Auffassung nämlich, dass Regionalförderung nichts bringt:

Mit Zuschüssen in Höhe von 35,5 Milliarden Euro wurden seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland immerhin Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 173,2 Milliarden Euro angeschoben.

Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für 113 ostdeutsche Kreise belegen zudem, dass im Zeitraum von 1996 bis 2006 jede um 1 Prozent angehobene Investitionsförderung in der Industrie zu einer dauerhaften zusätzlichen Wertschöpfung von 0,29 Prozent geführt hat.

Vor allem für Ballungszentren – Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern – erweisen sich die Gelder nicht als hinausgeworfen. Hier führt eine um 1 Prozent erhöhte Fördersumme nach dreijähriger Anlaufphase zu 0,42 Prozent mehr Wertschöpfung pro Jahr. Im Speckgürtel der Zentren ist dagegen weniger von den Investitionsbeihilfen zu spüren – der Effekt beträgt hier nur 0,15 Prozent.

Der Freistaat Sachsen hat seit der Wende die mit Abstand meisten Gelder empfangen, nämlich rund 29 Prozent

aller den neuen Ländern zur Verfügung gestellten Bundeszuschüsse. Mit fast 21 beziehungsweise knapp 19 Prozent folgen Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Seit 1991 haben etwa 6.000 Unternehmen eine Betriebsstätte an einem sächsischen Standort errichtet oder erworben. Sie investierten dabei ca. 27 Milliarden Euro in Bauten und Ausrüstungen. Insgesamt entfielen im Zeitraum von 1991 bis 2008 die meisten Ost-Fördermittel des Bundes mit einem Anteil von 16 Prozent auf die Chemische Industrie.

Die Fördermilliarden wurden auch in puncto Beschäftigung nicht in den märkischen oder Ostseesand gesetzt. In der Industrie und in den wirtschaftsnahen Dienstleistungsbranchen sind viele neue Jobs entstanden: Besonders wirkungsvoll waren die Mittel in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Dort hat 1 Prozent zusätzliche Fördersumme die Zahl der Beschäftigten um 0,39 Prozent steigen lassen. Im Dienstleistungssektor wurde für den Bereich Forschung und Entwicklung ein Beschäftigungseffekt von 0,28 Prozent gemessen. In der Autoindustrie betrug er 0,16 Prozent und im Maschinenbau 0,14 Prozent.

Die Investitionszuschüsse sind also ein wirksames Instrument, um die industrielle Bruttowertschöpfung und die Beschäftigtenzahlen zu steigern (Kasten). Auch die auslaufende Investitionszulage – sie ist das zweite Standbein der Investitionsförderung im Osten – dürfte eine ähnliche Wirkung entfalten. Bis 2013 werden auf diesem Weg noch rund 2,3 Milliarden Euro zusätzlich in die ostdeutsche Wirtschaft gepumpt.

Investitions- förderung Ost

Die Förderung von Investitionsvorhaben steht in Ostdeutschland auf zwei Beinen:

1. Gemeinschaftsaufgabe. Die Investitionszuschüsse im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) sind das zentrale Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik in Deutschland. Gemeinschaftsaufgabe bedeutet in diesem Fall, dass die Fördermittel vom Bund und dem betreffenden Land prinzipiell je zur Hälfte aufgebracht werden. Hinzu kommen allerdings noch EU-Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Durch die GA werden gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen in strukturschwachen Regionen gefördert. Ziel ist es, eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur herzustellen. Als strukturschwach gelten Regionen mit geringer Wirtschaftsleistung, hoher Arbeitslosigkeit und einer schlechten Anbindung an das Verkehrsnetz.

Die Höhe der Zuschüsse ist dabei an eine Mindestzahl dauerhaft neu geschaffener oder erhaltener Arbeitsplätze sowie an die Unternehmensgröße gekoppelt. So wird der Mittelstand bevorzugt. Die GA wird in ganz Deutschland generell nach Bedarf vergeben. Regionen im Osten, die an Westregionen vorbeiziehen, fallen aus der Förderung.

2. Investitionszulage. In den Genuss dieser Förderung kommen nur Ostbetriebe. Damit werden Investitionsvorhaben des Verarbeitenden Gewerbes, bestimmter produktionsnaher Dienstleistungen sowie im Beherbergungsgewerbe in den neuen Bundesländern und in Berlin unterstützt. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten bei diesem Instrument mit 25 Prozent eine doppelt so hohe Förderung wie Großbetriebe. Bei Großinvestitionen ab 50 Millionen Euro wird der Fördersatz gekürzt.

Bei der Investitionszulage handelt es sich um ein recht einfach handhabbares Förderinstrument; sie wird von den Finanzämtern nach Ablauf des Wirtschaftsjahres oder des Kalenderjahres berechnet und innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids ausbezahlt.

Im Gegensatz zur GA besteht für Investoren ein Rechtsanspruch auf dieses Instrument, was zwar die Planungssicherheit erhöht, aber auch Mitnahmeeffekte begünstigt. Dennoch wurde die umstrittene Zulage immer wieder verlängert, zuletzt bis 2013.